

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Kurz kommentiert: Arbed Saarstahl - Rentenreform - Eureka - EG-Agrarpolitik - Wechselkurssystem

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1985) : Kurz kommentiert: Arbed Saarstahl - Rentenreform - Eureka - EG-Agrarpolitik - Wechselkurssystem, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 65, Iss. 7, pp. 325-326

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136056>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Arbed Saarstahl

Entschuldung vordringlich

Im Zusammenhang mit der Kabinettsvorlage für den Haushalt 1986 machte der Bundesfinanzminister vor kurzem deutlich, daß es für die wirtschaftlich stark angeschlagene Arbed Saarstahl keine weiteren Finanzhilfen des Bundes geben werde. Er reagierte damit auf entsprechende Forderungen des saarländischen Ministerpräsidenten Lafontaine. In der Tat stellten solche Hilfen, abgesehen davon, daß sie mit EG-Beschlüssen nicht vereinbar waren, eine Benachteiligung anderer Unternehmen dar. Nicht zuletzt die hohen, mehrfach aufgestockten öffentlichen Finanzhilfen an Arbed hatten immer wieder Munition für die Durchsetzung der Subventionswünsche anderer europäischer Stahlindustrien zu Lasten der deutschen geliefert.

Die neuen Finanzforderungen des saarländischen Ministerpräsidenten sind der Arbed-Sanierung ebenso wenig dienlich, wie sein glücklicherweise nicht durchsetzbares Verstaatlichungsbegehren, das – im Realisierungsfall – auch noch den letzten Rest an Flexibilität bei Arbed eliminiert hätte. Notwendig ist vielmehr, daß die saarländische Regierung ein schlüssiges Gesamt-sanierungskonzept vorlegt und die Frage der Entschuldung des Konzern rasch angeht. Die schon gegenüber der Regierung Zeyer bekundete Bereitschaft des Bundes, einen Beitrag zur Entschuldung zu leisten, wenn andere, d. h. primär die Banken, mitziehen würden, besteht ja weiter. Für die Sanierung ist eine schnelle Lösung der Entschuldungsfrage, nicht zuletzt auch im Hinblick auf mögliche Kooperationsverhandlungen, vordringlich. kr

Rentenreform

Zukunftweisende Lösung?

Kernstück der jetzt vom Bundestag verabschiedeten Reform der Hinterbliebenenversorgung ist das sogenannte Anrechnungsmodell: Witwer und Witwen erhalten künftig gleichermaßen 60 % der Rente des verstorbenen Ehegatten. Ähnlich wie bei der Sozial- und Arbeitslosenhilfe wird diese Leistung in Zukunft jedoch an eine Bedürftigkeitsprüfung geknüpft sein; Erwerbs- oder Erwerbssatzeinkommen des Hinterbliebenen, die eine Freigrenze von 900 DM pro Monat übersteigen, werden zu 40 % auf die Rente angerechnet.

Mit dieser Lösung wird ein tragender Grundsatz der Rentenversicherung durchbrochen: Das Äquivalenzprinzip wird im Bereich der Hinterbliebenenrente durch das Fürsorgeprinzip ersetzt. Aus der Sicht der Koalitionsparteien mag dies ein Vorzug des Modells sein: Die Forderung des Bundesverfassungsgerichts von 1975 nach Gleichstellung von Mann und Frau in der Rentenversicherung läßt sich so annähernd kostenneutral verwirklichen, die Proteste werden minimiert (nur ca. 8 % der Witwen werden schlechtergestellt).

Unabhängige Experten befürchten dagegen, daß das nun etablierte kostensparende Fürsorgeprinzip für die Bewältigung der langfristigen Finanzprobleme der Rentenversicherung richtungweisend werden könnte. In diesem Falle würde der Versicherungscharakter des jetzigen Systems weiter ausgehöhlt, die Beitragsfinanzierung wäre in Frage gestellt. Ist das Anrechnungsmodell somit der Beginn einer Entwicklung, an deren Ende die von Bundeswirtschaftsminister Bangemann propagierte steuerfinanzierte Grundversorgung stehen wird? Zumindest ist es ein Mittel, den verfassungsrechtlichen Spielraum der Politik auszuloten: Die im Gesetz vorgesehene Unterscheidung zwischen anrechenbaren Einkommen (z. B. Löhne und Gehälter) und nicht anzurechnenden Einkünften (z. B. Vermögenseinkommen) wird die Verfassungsrichter zwingen, sich erneut mit der Rentenpolitik zu befassen. er

Eureka

Fragwürdiger Ansatz

Unter dem Eindruck der technologischen Herausforderung durch die USA und Japan, vor allem aber wohl unmittelbar motiviert durch das amerikanische SDI-Projekt, schlug die französische Regierung ihren EG-Partnern die Gründung einer Europäischen Forschungsagentur vor: Eureka soll die europäische Forschung vor allem auf dem Hochtechnologiesektor fördern und koordinieren. Das vom Europäischen Rat auf seiner Mailänder Tagung Ende Juni unterstützte Projekt hat bislang aber noch keine festen Konturen.

Sicherlich ist eine engere europäische Zusammenarbeit im Bereich Forschung und Entwicklung zur Stärkung der europäischen Wirtschaft und deren Wettbewerbsfähigkeit wünschenswert. Ob allerdings der

„Agentur-Ansatz“ der richtige Weg ist, scheint fraglich. Die Gefahr einer starken Bürokratisierung der Forschung liegt auf der Hand, wenn sich für die einzelnen Bereiche Verwaltungsausschüsse – gebildet aus Vertretern von Regierungen, Unternehmen und Forschungseinrichtungen – konstituieren. Nur mühsam wird man sich über Projekte einigen, und langwierige Finanzierungsdispute und Koordinierungsabsprachen dürften nicht ausbleiben.

Wichtiger als die Errichtung einer Agentur dürfte die Schaffung technologiefreundlicher europäischer Rahmenbedingungen sein. Wenn die Gemeinschaft endlich den Übergang zum Gemeinsamen Markt vollzöge, auf dem nichttarifäre Hemmnisse wie national orientierte Auftragsvergaben, Subventionen etc. keine oder nur eine geringe Rolle spielen, brauchte man sich staatlicherseits auch weniger Sorgen um die europäische Technologieeffizienz zu machen. hk

EG-Agrarpolitik

Strafaktion der USA

Der amerikanische Präsident hat die angedrohte Anhebung der Zölle für Teigwareneinfuhren aus der EG auf 40 bzw. 25 %, je nachdem ob die Produkte ohne oder mit Eizusatz hergestellt sind, vorerst nicht in Kraft gesetzt. Die Strafaktion war als Antwort auf die beharrliche Weigerung der Gemeinschaft gedacht, die Diskriminierung der Importe amerikanischer Zitronen, Apfelsinen und Pampelmusen gegenüber Zitrusfrüchten aus den Mittelmeerländern zu beenden. Angesichts dieser Drohung hatte die EG postwendend Vergeltungsmaßnahmen angekündigt: Die Zölle auf amerikanische Zitronen und bestimmte Nüsse sollten auf 20 bzw. 30 % erhöht werden. Daraufhin hat man sich nun auf weitere Verhandlungen geeinigt.

Bei aller berechtigter Kritik der USA an der EG-Agrarpolitik: im vorliegenden Falle kann der amerikanische Vorstoß nicht überzeugen. Nicht nur, daß die Zollpräferenzen dem Buchstaben des GATT nicht widersprechen, sie sind auch bereits 1973 von den USA ausdrücklich gebilligt worden, unter der Voraussetzung, daß sie nicht erweitert und der EG keine Gegenpräferenzen eingeräumt werden. Beides ist nicht geschehen. Im übrigen verweist die EG zu Recht darauf, daß die Mittelmeerpräferenzen sich ebensogut begründen lassen wie die Handelsvorteile, die die USA den karibischen Ländern gewähren; in beiden Fällen sind die Motive nicht gänzlich uneigennützig.

Das Scharmützel um Nudeln, Nüsse und Zitronen lenkt von den eigentlichen Problemen des internationalen Agrarhandels ab. Es erklärt sich zum Teil aus einer amerikanischen Frustration über die Verzögerungstaktik der EG. Die USA haben mit der Farm Bill von 1985 bereits einen mutigen Schritt zum Abbau der Subventionen in der Landwirtschaft getan. Nun ist die EG gefordert, mit der Reform der Agrarpolitik endlich Ernst zu machen und sich einer umfassenden Behandlung der Agrarprobleme in einer neuen GATT-Runde nicht länger zu widersetzen. ko

Wechselkurssystem

Französische Währungsdiplomatie

Man kann nicht umhin, der währungspolitischen Hartnäckigkeit unserer französischen Nachbarn Bewunderung zu zollen. Trotz ständiger Abfuhren bringt die französische Regierung ihre Ablehnung des herrschenden Floatingsystems immer wieder auf die internationale Bühne, so zuletzt auf der Sitzung der Zehnergruppe in Tokio.

Die Reformforderungen sind zwar bescheidener geworden, haben jedoch an Brisanz nicht verloren. Von der Forderung einer allgemeinen Rückkehr zu festen Wechselkursen ist die Idee der Zielzonen geblieben. Aber auch dieser Vorschlag ist international nicht konsensfähig. Und dies aus gutem Grund: Ob nun die Währungsrelationen innerhalb festgelegter Zonen oder innerhalb eines Bandes bei stufenflexiblen Systemen gehalten werden sollen, in jedem Fall ist dazu die nationale Wirtschaftspolitik – insbesondere die Geldpolitik – gefordert. Die Verzerrungen im internationalen Währungsgefüge lassen sich nicht durch Korrekturen des Systems beseitigen, sondern in erster Linie durch eine wechselkursorientierte Wirtschaftspolitik der Industrieländer. Hierzu besteht allerdings mehrheitlich keine Bereitschaft, auch nicht in Paris. Warum also diese Hartnäckigkeit?

Noch im April dieses Jahres hat der ehemalige französische Finanzminister Delors Washingtons Politik angegriffen und eindringlich die geringe Bereitschaft der USA zu massiven Interventionen auf den Devisenmärkten beklagt. Der Verdacht drängt sich auf, daß die französische Währungsdiplomatie versucht, den Amerikanern mehr Aktionen auf den Devisenmärkten „abzuhandeln“. Dazu kann es nur nützlich sein, die Forderungen zunächst einmal sehr hoch zu schrauben. ww